

sten des Versuchs, diesem Land die Möglichkeit zu geben, die Prinzipien der freiheitlichen Demokratie zu erlernen und anzuwenden. Persönlichkeiten wie der feinfühligste Oberst Dawson in Stuttgart schlugen früh diesen Weg ein.

Angesichts der sowjetischen Absichten, in Osteuropa Satellitenstaaten zu errichten und in Westeuropa weiter Fuß zu fassen, schritten auch die zunächst zögernden Briten zum politischen und wirtschaftlichen Ausbau ihrer Zone. Nordrhein-Westfalen, das mit Abstand bevölkerungsstärkste der deutschen Länder, verdankt seine Gründung Beschlüssen der britischen und amerikanischen Regierungen. Anders als Kurt Schumacher, der ein so großes Land in einem föderativen Deutschland ablehnte, stimmte Adenauer dem Plan zu, da er die bisherige Rheinprovinz mit westlichen und östlichen deutschen Gebieten verklammert sehen wollte, damit das linke Rheinufer gegen eine Abtrennung von Deutschland sicher sei. Er sah darin eine kluge Maßnahme, die allen Auseinandersetzungen mit Frankreich über Internationalisierung und Neutralisierung des Ruhrgebiets sowie Abtrennung des linken Rheinufers ein Ende machte. Trotz der freundlichen Nachfrage bei deutschen Politikern nach ihrer Meinung kam es auf deren Zustimmung gar nicht an, und die britische Militärregierung gab am 18. Juli 1946 die Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen bekannt.

Außer Südbaden und Südwürttemberg besetzten die Franzosen das linke Rheinufer bis vor die Tore Bonns, rechtsrheinisch nur den Bezirk Montabaur. Für die Saarregion strebten sie eine Abtrennung vom deutschen Staatenverband an, in Form einer wirtschaftlichen Union mit Frankreich, und sie erreichten zunächst eine gewisse Autonomie.

Bevor 1949 das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, freilich weiter unter der Einwirkung der Besatzungsmächte, rechtliche und verfassungspolitische Eckpfeiler für das künftige staatliche Leben setzte, bedurfte es vieler kleiner und größerer Schritte einer allmählichen Lockerung der auferlegten Fesseln. Und erst mit dem Datum der deutschen Wiedervereinigung fielen die letzten Beschränkungen der deutschen Souveränität. Trotz Abbaus der Befugnisse der Besatzer blieb es bis dahin bei deren Rechten in Bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes, einschließlich der Wiedervereinigung. Diese Fragen waren selbständiger deutscher Politik und Entscheidung entzogen. Die Grenze der zwei großen Machtblöcke ging mitten durch Deutschland. Jede Besatzungsmacht projizierte das eigene System auf ihre Zone und orientierte daran ihre Deutschlandpolitik.

Aus dem Gang der Ereignisse ragen heraus die ungewöhnlich schnellen Schritte zur Demokratisierung in der amerikanischen Zone, die Wiedererrichtung der Verwaltungen der deutschen Land- und Stadtkreise, die schon genannte Proklamierung der Länder Bayern, Württemberg-Baden und Großhessen als „Staaten“ (states), und die Bildung der Länderregierungen, sodann die Wahl verfassungsgebender Versammlungen, die schon im Oktober 1946 ihre Arbeit beendeten und ihr Werk dem Oberbefehlshaber der Zone zur Billigung überreichten, bevor es alsbald zur Volksabstimmung kam. Die französische Zone folgte – so auch die britische – mit verhaltenem Abstand: es entstanden die Länder Rheinland-Pfalz, Württemberg-Hohenzollern und (Süd)Baden. Wahlen und Volksabstimmungen über die Verfassungen fanden im Mai 1947 statt.